

Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt

Morgen - Ausgabe

Die Berliner Volks-Zeitung erscheint täglich einmal: Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus...

Insertionspreis für die Seite 40 Pf. Einzelexemplar und Beilage 30 Pf. Haupt-Expeditoren: SW. Jerusalemstr. 46/49.

Redaktion: Jerusalemstr. 46/49. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Karl Wollnast, Berlin W. Verlag: Druck: Rudolf Wölfe, Berlin SW.

Der Liberalismus und die Arbeiterchaft.

von Wilhelm Gleichauf-Berlin.

Unter den im ersten Artikel geschilderten Verhältnissen entstanden in Gewerkschaften der Gedanke, eine eigene radikal-liberalistische Partei zu bilden. Der Generalsekretär der Maschinenbauer, Andreas, führte auf dem zweiten Verbandstag aus:

Ich glaube, daß bei dieser Spaltung und Verschlebung der Parteien die Gewerkschaften berufen sind, eine Sache anzuschließen und einen neuen Grundpfeiler zu bilden, und daß die darauf gegründete Partei nicht nur in die Wände mitnimmt, sondern diejenige sein wird, die wirklich für Wahrheit, Recht, Vernunft, Freiheit und Wohlfaht der Gesamtheit eintritt.

Ich glaube, daß bei dieser Spaltung und Verschlebung der Parteien nicht genau so Veranlassung, von einer „Verschlebung der Parteien“ zu sprechen und eine Sache zu lehen?

Die Fortschrittspartei blieb auch in der Folge den sozialen Aufgaben der anstehenden wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber verlässlich, so daß das Verfallnis der Parteien der Arbeiterchaft in der Ausdehnung der Gewerkschaften sich nicht zu zeigen vermochte.

Nachmals 1877 arbeiteten Gewerkschaftsmitglieder und Fortschrittspartei gemeinsam bei der Reichstagswahl, aber es kam, wie es kommen mußte: Konservative, Reaktionäre und Sozialdemokraten machten gewaltige Fortschritte, die Fortschrittspartei wurde zurückgedrängt.

Nachmals 1877 arbeiteten Gewerkschaftsmitglieder und Fortschrittspartei gemeinsam bei der Reichstagswahl, aber es kam, wie es kommen mußte: Konservative, Reaktionäre und Sozialdemokraten machten gewaltige Fortschritte, die Fortschrittspartei wurde zurückgedrängt.

Nachmals 1877 arbeiteten Gewerkschaftsmitglieder und Fortschrittspartei gemeinsam bei der Reichstagswahl, aber es kam, wie es kommen mußte: Konservative, Reaktionäre und Sozialdemokraten machten gewaltige Fortschritte, die Fortschrittspartei wurde zurückgedrängt.

Nachmals 1877 arbeiteten Gewerkschaftsmitglieder und Fortschrittspartei gemeinsam bei der Reichstagswahl, aber es kam, wie es kommen mußte: Konservative, Reaktionäre und Sozialdemokraten machten gewaltige Fortschritte, die Fortschrittspartei wurde zurückgedrängt.

Nachmals 1877 arbeiteten Gewerkschaftsmitglieder und Fortschrittspartei gemeinsam bei der Reichstagswahl, aber es kam, wie es kommen mußte: Konservative, Reaktionäre und Sozialdemokraten machten gewaltige Fortschritte, die Fortschrittspartei wurde zurückgedrängt.

Nachmals 1877 arbeiteten Gewerkschaftsmitglieder und Fortschrittspartei gemeinsam bei der Reichstagswahl, aber es kam, wie es kommen mußte: Konservative, Reaktionäre und Sozialdemokraten machten gewaltige Fortschritte, die Fortschrittspartei wurde zurückgedrängt.

Nachmals 1877 arbeiteten Gewerkschaftsmitglieder und Fortschrittspartei gemeinsam bei der Reichstagswahl, aber es kam, wie es kommen mußte: Konservative, Reaktionäre und Sozialdemokraten machten gewaltige Fortschritte, die Fortschrittspartei wurde zurückgedrängt.

Nachmals 1877 arbeiteten Gewerkschaftsmitglieder und Fortschrittspartei gemeinsam bei der Reichstagswahl, aber es kam, wie es kommen mußte: Konservative, Reaktionäre und Sozialdemokraten machten gewaltige Fortschritte, die Fortschrittspartei wurde zurückgedrängt.

Nachmals 1877 arbeiteten Gewerkschaftsmitglieder und Fortschrittspartei gemeinsam bei der Reichstagswahl, aber es kam, wie es kommen mußte: Konservative, Reaktionäre und Sozialdemokraten machten gewaltige Fortschritte, die Fortschrittspartei wurde zurückgedrängt.

Nachmals 1877 arbeiteten Gewerkschaftsmitglieder und Fortschrittspartei gemeinsam bei der Reichstagswahl, aber es kam, wie es kommen mußte: Konservative, Reaktionäre und Sozialdemokraten machten gewaltige Fortschritte, die Fortschrittspartei wurde zurückgedrängt.

Nachmals 1877 arbeiteten Gewerkschaftsmitglieder und Fortschrittspartei gemeinsam bei der Reichstagswahl, aber es kam, wie es kommen mußte: Konservative, Reaktionäre und Sozialdemokraten machten gewaltige Fortschritte, die Fortschrittspartei wurde zurückgedrängt.

werkverein“ jeder Förderung von Arbeiterinteressen hindern und entgegenstehen, trat die Berliner Volks-Zeitung in einen scharfen Gegensatz zu dieser Partei und damit zu jenen Gewerkschaften, die trotz alledem bei der Fortschrittspartei ausblieben. Dazu kam noch, daß die Gewerkschaften unter dem Einfluß ihrer in der Fortschrittspartei wühlenden Führer sich mit aller Macht gegen die kommenden Arbeitervereinigungen stemmten, während die Berliner Volks-Zeitung dafür eintrat.

Die Volks-Zeitung behielt Recht mit ihrer Haltung, die Gewerkschaften mußten sich mit dem Schlimmen der Arbeitervereinigungen später aussöhnen. Die Fortschrittspartei und die darauf folgende freisinnige Volkspartei blieben im allgemeinen auf dem Boden des menschlichen „freien Spiels der Kräfte“ stehen, bis dann die neueste Verschlebung der Parteien durch die sogenannte Hochpolitik eintrat.

Mit dieser Hochpolitik ist die übergroße Masse der Gewerkschaften nicht einverstanden, aber wie vor 30 und 20 Jahren maßgebende Führer einzelner Gewerkschaften der Fortschrittspartei zwar schwach tadelten, ihre obersten Verbandsführer aber trotzdem mientwert dabei mitarbeiteten und dadurch den Gewerkschaften den Weg in die große Masse der Arbeiter versperrten, ist es heute genau ebenso.

Die übergroße Masse der Mitglieder will von dieser Hochpolitik nichts wissen, der erste Führer des Verbandes der Gewerkschaften tritt für diese Hochpolitik ein, und wenn dann die „Volkszeitung“ gegen diesen Führer wegen dieser Hochpolitik vom Leber zieht, dann lagte die Verbandsleitung: Die „Volkszeitung“ greift die Gewerkschaften an. Das ist verkehrt. Die „Volkszeitung“ befaßt die Hochpolitik und die einzelnen, die für diese Hochpolitik eintreten, gleichgültig, wo sie sonst stehen.

Das Eintreten des Reichstags Goldschmidt für die freisinnige Volkspartei gab schon einmal, im Jahre 1898, Anlaß zu großen Gegenjahren im Zentralrat der Gewerkschaften. Der Zentralrat gab damals nach, und der erste Beamte der Maschinenbauer, der das nicht mitmachen wollte, Generalsekretär Mauch legte sein Amt als Vorsteher des Zentralrats nieder. Wie liegen die Verhältnisse heute? Keine einzige Hochpolitik-Zeitung tritt für die Gewerkschaften ein, wie die Gewerkschaften es nötig hätten.

Eine politische Tageszeitung ist da; sie hat schon viele Momente in Gewerkschaftskreisen, die bei gutem Willen leicht verzeihlich werden könnten, eine politische Tageszeitung ist da, bereit, so für die Gewerkschaften einzutreten, wie sie es brauchen, es ist die „Berliner Volkszeitung“.

Aber das ist das Hindernis, das seit 30-20 und 10 Jahren die Gewerkschaften hindert hat, das Wissen einer unabhängigen, weiterverbreiteten politischen Tageszeitung für sich erfolgreich zu machen, besteht heute noch: die Verbindung des ersten Führers der Gewerkschaften mit der Hochpolitik. Die kommende Reichsfinanzreform muß die Lage, in die die Gewerkschaften dadurch kommen werden, noch verschärfen. Das ist für die Gewerkschaften das bisherige Verhältnis der deutschen Gewerkschaften seit 40 Jahren zur Fortschrittspartei und zum Freisinn.

Die Arbeiter alle, die nicht der Sozialdemokratie angehören, haben eine schwere Stellung im politischen Leben. Die orthodoxe Sozialdemokratie paßt ihnen nicht; ebenso wenig die heutige Hochpolitik, die für die Arbeiter keinen Segen bringen kann. Der Arbeiter, der diesen Arbeiter im politischen Rat geben will, muß sagen: nehmt entgegen die heutige marxistisch-orthodoxe Sozialdemokratie oder den Hochpreis als das kleinere Übel, oder schafft euch etwas neues.

Aus diesen unanziehlichen Dilemma der Parteiverhältnisse heraus ist die neue demokratische Vereinigung geboren worden. Die Gewerkschaftsmitglieder, die sich außerhalb der Gewerkschaften als Staatsbürger bei allen politischen und kommunalen Wahlen beteiligen sollen, müssen sich entscheiden, in welcher Partei sie mitwirken können, denn die heutige Zeit verlangt entschieden die Mitwirkung jedes einzelnen.

Zur leichteren Entscheidung der Gewerkschaftsmitglieder ist im Rahmen dieses Artikels in großen Umrissen das bisherige Verhältnis zwischen Gewerkschaften und dem Liberalismus niedergelegt. Mögen die Gewerkschaften, die Träger der gesundesten Sphären der wirtschaftlichen Arbeitervereinsorganisation, endlich den Anstoß zu einer Partei und eine politische Tageszeitung finden, die für ihre Organisation und die Rechte und Forderungen der Arbeiter energisch eintritt.

Zur Reichsfinanzreform

Die Bundesratsausschüsse, die am nächsten Montag zur Beratung der Reichsfinanzreform zusammenzutreten, werden damit voraussichtlich bis zum Oktober zu tun haben. Inzwischen wird der Vorzug des Reichslohn nach seiner Einführung gegeben können. In der Reichsfinanzreform des Staatssekretärs Seydow in der „Deutschen Rundschau“ ist die Infektion und Elektrifizierung, wie in Bundesratskreisen angenommen wird, deswegen nicht erwünscht, weil die beiden Vorteile wegen der vielen sachlichen Schwierigkeiten noch nicht endgültig festgelegt werden konnten. Diese Steuern werden, wie in Folge die die allgemeine Beklagt Fahrplansteuer.

Darum wird am besten tun, wenn man von dortherin die Hand davon läßt.

Konstantinopel, 25. September. Der verheißene Volkstifter hat über erregte Vorwürfe, die sich ihm nachher nach Teheran berichtet und gleichzeitig seine Entlassung gegeben.

Die Berufsinteressen der Handlungsgehilfen

formen mit Rücksicht nur da wahrgenommen werden, wo eine zweckmäßige Organisation mit gefunden sozialen Grundbedingungen die Berufsgehilfen solidarisch verbindet. Dies ist, wie in den zuständigen Kreisen allgemein anerkannt ist, in besonders glücklicher Weise der Fall bei dem Verein der deutschen Kaufleute, über dessen Leistungen und dessen Entwicklung wir im Laufe der Jahre wiederholt berichtet haben.

Der Verein deutscher Kaufleute geht von dem Grundsatze aus, daß die Handlungsgehilfen mit den gewerblichen Angestellten gemeinsam in Arbeitnehmerinteressen zu vertreten haben. Der Verein hat deshalb neuerdings das Bündnis mit dem Verband der Deutschen Gewerkschaften erneuert und inniger gestaltet und sich dem bekannten sozialen Programm der Gewerkschaften angeschlossen, dessen wichtigste Punkte lauten:

Die Gewerkschaften fordern die soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung beider Geschlechter; sie fordern Gleichberechtigung bei der Festsetzung der Arbeitsverträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Tarifverträge). Von der Gesetzgebung fordern sie: Umfassende Sicherung und Ausbau des allgemeinen Arbeiterschutzes in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung; Erweiterung der Fühlung insbesondere für Kranke, alte und invalide Arbeiter; Beseitigung aller sowie ausgedehnte Einwirkung auf bessere geistige und sittliche Erziehung des Volkes.

„Wohl mag es“, so heißt es dazu im Jahresbericht des Vereins der deutschen Kaufleute für 1907, „heute noch leichter sein, die Menge der Handlungsgehilfen zu gewinnen mit der Fala Bregana des besonderen Standes und dem Appell an den Standsdünkel, aber der Zeitsdruck verleiht der Gewerbeordnung, Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherungsgesetz einen Unterschied zugunsten eines besondern Standes der Handlungsgehilfen nicht machen.“

Der Verein ist überall tätig, wo es heißt, die Arbeits- und Arbeitsbedingungen der Handlungsgehilfen zu verbessern und die wirtschaftliche Lage der Berufsgehilfen zu heben. Die Fänge der Sozialgesetzgebung, der Regelung der Arbeitszeit der Kontingentgehilfen, der Einführung von Handelsinspektoren, des Arbeitsvertragswesens, der Einrichtung von Kaufmannskammern, der Beseitigung der Kontingenzsteuer und viele andere Dinge, die das Lebensinteresse der Handlungsgehilfen betreffen, finden in dieser Organisation eine lohnende Förderung.

Die Gewerkschaften sind eine Organisation ist der einzelne Handlungsgehilfe isoliert. Als Mitglied einer Organisation wird er seine Kraft wachsen sehen und mit ihr seinen Einfluß. Jetzt, wo das Vereinsleben mit neuer Lebhaftigkeit beginnt, mögen die noch nicht organisierten Handlungsgehilfen bedenken, was sie sich und ihrem Berufe schuldig sind. Einigkeit macht stark!

Doppelter Zeugniszwang.

Dem Internationalen Preisfestzug ist, wie wir schon mitteilen, ein besonders elastischer Fall über die deutsche Spezialität des Zeugniszwangs verfahren worden. Gegen die Presse mitgeteilt worden. Vom „Worm“ werden die dort gemachten Angaben bestätigt und ergänzt. Das Blatt teilt mit:

Am Donnerstag d. 7. war der Redakteur der sozialdemokratischen „Gleichen-Welt, Wollste“, — Brecon — wegen Verleumdung des Bürgermeisters von Leicester vom Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, eine Strafe, die von der Berufungswang auf einen Monat ermäßigt wurde, und die Brecon abgelehnt hat. Am Freitag, über neun Monate nach der ersten Verurteilung am letzten Mittwoch, mußte Brecon in derselben Angelegenheit vor dem Untersuchungsrichter erscheinen, der ihm annahm, den Urheber jener letzteren Verurteilung nachzuweisen zu machen. Als Brecon sich dessen weigerte, wurde er auf der Stelle zu 25 Mark Geldstrafe verurteilt. Es ergab sich, daß in derselben Sache, in der Brecon verurteilt worden war, auf Geratewohl gegen einen Parteigenossen aus Leicester als Vermittlichen der Sheriff des Richters eingeschaltet worden war, und daß Brecon jetzt dem Staatsanwalt helfen sollte, dem Bedächtigen den Strich zu drehen. Weiter wurde dem Redakteur durch den Untersuchungsrichter eröffnet, er solle sich darauf gefaßt machen, daß gegen ihn auf die gesetzlich zulässige Maßstrafe, sechs Monate, werde erkannt werden.

Auf dem Kontrah herrschte unter den ausländischen Journalisten über diesen Fall, den die meisten, namentlich die Engländer, gar nicht begriffen, ein allgemeines Schütteln des Kopfes.

Regierung und Feuerbestattung.

Wie nach der „Berliner Welt-Bl.“ verlautet, schwaben gegenwärtig zwischen dem Ministerium des Inneren, dem Kultusministerium und den Reichstagen Verhandlungen, die die Frage der Feuerbestattung zum Gegenstand haben. Das Blatt meldet:

Eine besondere Schwierigkeit bei den Verhandlungen bietet die durch Reichsgesetz garantierte Gewerkschaftlichkeit, die es in ihrer heutigen Gestalt jedermann, also auch Privaten gestattet worden, ein Krematorium zu bauen. Es hat sich daher die Notwendigkeit ergeben, durch verfassungsrechtliche Abänderung der Gewerbeordnung den Städten das alleinige Recht, Krematorien zu bauen, einzuräumen. Ob erst diese Abänderung, dann erst der baldigen Beschaffung der Vorarbeiten kein unannehmliches Hindernis beim Wege. In nachgehenden Kreisen regnet man damit, daß die Vorlage im Frühjahr des nächsten Jahres vor den Landtag kommen dürfte.

Inzwischen ist in Meinungen die Frage, auf die gesetzlichen Mitwirkung, gelöst worden. Der wenigstige Oberbürgermeister hat angeordnet, daß die Geistlichen der Landes-